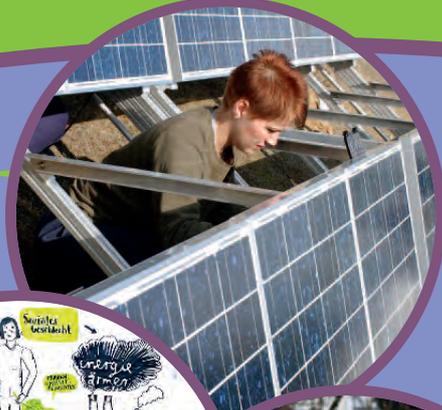


EINE HANDREICHUNG

Ines Weller, Ulrike Röhr, Karin Fischer, Melanie Böckmann, Nanna Birk

Chancengerechtigkeit im Klimawandel



GEFÖRDERT VOM

Gender NET **CLIM**
Kompetenznetzwerk
Chancengerechtigkeit im Klimawandel



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Impressum

Herausgeber_innen:

artec Forschungszentrum Nachhaltigkeit
Universität Bremen
Enrique-Schmidt-Str. 7
28359 Bremen

GenderCC – Women for Climate Justice e.V.
Anklamer Str. 38
10115 Berlin

Gestaltung: designbüro drillich

Bildnachweis: LIFE e.V., 123comics,
Thaut Images/fotolia.de

Druck: Druckerei der Universität Bremen

ISBN 978-3-00-053082-1

Bremen/Berlin, Mai 2016

Das Vorhaben wurde mit Mitteln des
Bundesministeriums für Bildung und
Forschung unter dem Förderkennzeichen
01FP1425 gefördert.

Inhalt

Einführung in die Handreichung	3
Gender+Klima: Kernbotschaften auf einen Blick	4
Kernbotschaften im Detail	
Erläuterungen und Hintergründe	6
Gender+Klima integrieren: Handlungsfelder	13
Energie	14
Bauen	15
Raumplanung	16
Ernährung	17
Gesundheit	18
Mobilität	19
Gender+Klima integrieren: Querschnittsthemen	21
Kommunikation	22
Arbeit	24
Partizipation	26
Ausblick	
Forschungsbedarf und Empfehlungen für die politische und praktische Umsetzung	27

Einführung

Das von der internationalen Staatengemeinschaft beschlossene Klimaabkommen von Paris hat eine eindeutige Botschaft: die globale Erderwärmung soll auf »weit unter 2°C«, besser noch auf 1,5°C begrenzt werden. Die entscheidende Frage ist jetzt, mit welchen Maßnahmen das erreicht werden soll und vor allem, wie das – auch in Deutschland – umgesetzt wird.

Mehrheitlich setzen Wirtschaft und Politik dafür stark auf technische Entwicklungen und Effizienz. Die deutlich mühsamer zu erreichenden gesellschaftlichen Veränderungen werden allenfalls am Rande behandelt. Ohne genau diese Veränderungen aber, und dazu gehört unbedingt die Gerechtigkeit, wird der Klimawandel voranschreiten.

Aus der Perspektive der (Klima-) Gerechtigkeit spielt neben der Nord-Süd- und der Generationengerechtigkeit die Geschlechtergerechtigkeit eine wesentliche Rolle. Untersuchungen zeigen, dass beispielsweise die Wahrnehmung der Risiken des Klimawandels, die Präferenzen für Lösungsansätze und auch die Höhe des CO₂-Fußabdrucks von gesellschaftlichen Rollenzuschreibungen und geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung bestimmt werden.

Es geht also darum, durch die Berücksichtigung von Genderaspekten in Forschung und Praxis die sozialen Dimensionen der Klimapolitik aufzudecken, und die Verknüpfung von technischen und sozialen Lösungsstrategien für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel anzuregen.

Das vom BMBF geförderte Projekt »Kompetenznetzwerk Chancengerechtigkeit im Klimawandel (GenderNETCLIM)«, das vom artec Forschungszentrum Nachhaltigkeit der Universität Bremen in Kooperation mit GenderCC – Women for Climate Justice e.V. durchgeführt wurde, hatte zum Ziel, Wissen über die Bedeutung von Genderdimensionen für Klimaschutz und Klimaanpassung weiter zu verbreiten und so dazu beizutragen, dass Maßnahmen und Konzepte geschlechtergerechter gestaltet werden können.

Mit der nun vorliegenden Handreichung »Chancengerechtigkeit im Klimawandel« wollen wir Akteuren und Akteurinnen aus den Feldern Klimawandel und Chancengerechtigkeit Impulse zur Verknüpfung von Klima und Gender¹ geben. Dabei erheben wir keinen Anspruch auf Vollständigkeit, noch wollen wir den Wissensstand zu Gender und Klima aufarbeiten, sondern verstehen die Ausführungen als erste Ideen, die zum Weiterdenken anregen können.

Dazu stellen wir zunächst die Hauptergebnisse des Projektes in Form von zwölf »Kernbotschaften« vor und erläutern sie. Die Kernbotschaften basieren zum einen auf Erkenntnissen der Geschlechterforschung über die Beziehungen zwischen Gender und Klimawandel. Zum anderen fassen sie Ergebnisse von Wissenschafts-Praxis-Dialogen zusammen, die wir in zwei Regionen mit Akteur_innen aus den Bereichen Klima und Gleichstellung durchgeführt haben. Darüber hinaus fließen die Anregungen aus den Diskussionen ein, die auf der bundesweiten Fachtagung »Klima braucht Wandel« geführt wurden.

Im darauf folgenden Abschnitt stellen wir zu ausgewählten Handlungsfeldern im Kontext Klimaschutz und Klimaanpassung beispielhaft Leitfragen und Praxisbeispiele vor, die zur Verknüpfung von Klima und Gender anregen sollen. Als Handlungsfelder thematisiert werden Energie, Bauen, Raumplanung, Ernährung, Gesundheit und Mobilität. Zusätzlich werden die Genderbezüge zu den klimapolitisch relevanten Querschnittsthemen Arbeit, Kommunikation und Partizipation erläutert.

Die Handreichung endet mit Hinweisen zum Forschungsbedarf sowie weiteren Empfehlungen, die sich aus den Projektergebnissen und den Diskussionen bei den Workshops und der bundesweiten Fachtagung ableiten lassen.

Das Projektteam
Bremen/Berlin, Mai 2016

*Unser Dank für die Projektbegleitung gilt dem wissenschaftlichen Beirat, der wertvolle Hinweise und Anregungen gegeben und somit zum Gelingen des Projektes beigetragen hat:
Prof. Dr. Klaus Eisenack,
Doris Freer, Arn Sauer,
Dr. Angelika Saupe und
Dr. Irmgard Schultz.*

¹ »Gender« verstanden als sozial konstruiertes Geschlecht, dessen Verknüpfung mit weiteren sozialen Faktoren wie z.B. Einkommen, Alter, ethnischem Hintergrund oder Lebensform zu berücksichtigen ist.

Gender+Klima: Kernbotschaften auf einen Blick

Die folgenden Kernbotschaften fassen Ergebnisse des Transferprojekts **GenderNET-CLIM** zusammen und sprechen dabei verschiedene Ebenen an: Die Kernbotschaften 1, 3, 5 und 7 beziehen sich auf die normative Ebene, die Botschaften 6, 10 und 12 auf die analytische sowie die Kernbotschaften 2, 4, 8, 9 und 11 auf die strategisch-gestaltungsorientierte Ebene. Entsprechend unterscheiden sich die Zielgruppen der Botschaften und reichen von der Politik über die Forschung bis hin zu den Praktiker_innen der Umsetzung. Im Anschluss an den hier folgenden Überblick finden sich Erläuterungen und Daten zu den einzelnen Botschaften.

1.

Die Integration von Genderperspektiven rückt das Problemlösungspotenzial gesellschaftlicher Auseinandersetzungen für den Klimawandel in den Mittelpunkt, stellt einen Bezug zum Alltag und zu den Interessen und Bedürfnissen der Menschen her und füllt die Visionen einer klimagerechten Welt mit Leben.

2.

Die Verknüpfung klimapolitischer Maßnahmen mit sozialen und gleichstellungsorientierten Zielen erhöht die Legitimität der Maßnahme und ihre Akzeptanz in der Bevölkerung. Beides trägt zu einem besseren Umsetzungsgrad und zu einer effektiveren Umsetzung bei.

3.

Geschlechtergerechtigkeit/Chancengerechtigkeit ist als gesetzlich verankertes Ziel auch durch die Klimapolitik zu unterstützen. Entsprechend sind die fördernden oder behindernden Wirkungen klimapolitischer Maßnahmen zu untersuchen und entsprechend zu berücksichtigen.

4.

Durch die Berücksichtigung von Genderaspekten in Forschung und Praxis werden auch die sozialen Dimensionen der Klimapolitik aufgedeckt und die Verknüpfung von technischen und sozialen Lösungsstrategien angeregt.

5.

Die Einbeziehung von Genderperspektiven in die Klimapolitik ist ein wesentlicher Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit und damit gleichzeitig ein Beitrag zu Klimagerechtigkeit (climate justice).

6.

Werden Genderperspektiven bei der Entwicklung und Umsetzung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen mit berücksichtigt, geraten die gesellschaftlichen Rollen- und Verantwortungszuschreibungen und damit auch die unbezahlte Arbeit in den Fokus. Die Auswirkungen der Maßnahmen werden nicht nur in Bezug auf die bezahlte Erwerbsarbeit, sondern auch in Bezug auf die Versorgungsarbeit betrachtet. Damit stellt sich die Frage nach einer Neubewertung und Neuverteilung aller Formen von Arbeit (Erwerbs- und Versorgungsarbeit).

7.

Die Berücksichtigung von Genderperspektiven in Deutschland lenkt auch den Blick auf die Verantwortung unseres Handelns und dessen Auswirkungen auf Länder des Globalen Südens, z.B. indem die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und die Arbeitsbedingungen in den globalen Wertschöpfungs- und Produktionsketten oder die Auswirkungen unseres hohen Ressourcenverbrauchs auf die Überlebenssicherung in monetär armen Weltregionen thematisiert werden.

8.

Die Klimapolitik erhält eine emanzipatorische Dimension, wenn Geschlechterverhältnisse – und damit verbunden Ungerechtigkeiten und ungleiche Machtverhältnisse – adressiert werden. Dadurch wird eine grundlegende und weitreichende gesellschaftliche Transformation unterstützt, die wiederum Voraussetzung ist für eine post-fossile Gesellschaft.

9.

Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen sollten mit vielfältigen Benefits verbunden sein, also quantitative (z.B. Reduzierung von Treibhausgasen) UND qualitative Ziele (z.B. Gesundheit, Lebensqualität, Gleichstellung) verfolgen. Durch die Einbeziehung von Genderperspektiven wird die eindimensionale Ausrichtung von Klimaschutzmaßnahmen erweitert, wodurch vielfältige positive gesellschaftliche Effekte erzielt werden können.

10.

Die Auswirkungen des Klimawandels und die notwendige Anpassung werden Verteilungskonflikte hervorbringen, die wiederum Gerechtigkeitswirkungen haben werden. Durch die Einbeziehung von Genderperspektiven werden diese frühzeitig antizipiert und Gegensteuern möglich.

11.

Der Austausch zwischen Expert_innen aus dem Klimaschutzbereich und dem Gleichstellungsbereich macht deutlich, dass sich Organisationsstrukturen (z.B. die anhaltenden sektoralen Zuschnitte von Politikfeldern) verändern können und müssen. Und er zeigt, dass für den Wandel neue Formen der Zusammenarbeit, zusätzliche Räume sowie Veränderungen in der Verteilung von Zeit und Geld benötigt werden, die zugleich als Anreize für diesen wechselseitigen Lernprozess wirken können.

12.

Die kritische Perspektive der Geschlechterforschung fragt nach vermeintlichen Selbstverständlichkeiten und impliziten Annahmen, die als unhinterfragte Voraussetzungen in die Gestaltung von Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung eingehen und ihre Umsetzungsfähigkeit behindern können. Sie trägt damit zu ihrer Qualitätsverbesserung bei.

Kernbotschaften im Detail: Erläuterungen und Hintergründe

1. Die Integration von Genderperspektiven rückt das Problemlösungspotenzial gesellschaftlicher Auseinandersetzungen für den Klimawandel in den Mittelpunkt, stellt einen Bezug zum Alltag und zu den Interessen und Bedürfnissen der Menschen her und füllt die Visionen einer klimagerechten Welt mit Leben.

Die erste Kernbotschaft ist als normative Zielsetzung zu verstehen. Sie greift die Beobachtung auf, dass mit der Einnahme der Genderperspektive die auf gesellschaftliche Fragen bezogenen Aspekte der Klimapolitik stärker ins Zentrum rücken.

2. Die Verknüpfung klimapolitischer Maßnahmen mit sozialen und gleichstellungsorientierten Zielen erhöht die Legitimität der Maßnahme und ihre Akzeptanz in der Bevölkerung. Beides trägt zu einem besseren Umsetzungsgrad und zu einer effektiveren Umsetzung bei.

Verschiedene Studien zur Akzeptanz Erneuerbarer Energien (EE) zeigen, dass »Fairness Effizienz schlägt« (BMF 2010) und auch »für den Erfolg von Anpassungsmaßnahmen ausschlaggebend ist, die Last der Anpassung gerecht zu verteilen und Auswirkungen auf die Arbeitsplätze und die Lebensqualität niederer Einkommensgruppen zu berücksichtigen« (KOM 2009, S. 10). Den signifikanten Einfluss der wahrgenommenen Verteilungs- und Verfahrensgerechtigkeit auf die Akzeptanz von Erneuerbaren Energien belegen verschiedene empirische Studien. In den Befragungen stieß die Einschätzung, dass Kosten und Nutzen der EE nicht fair verteilt seien, vielfach auf Zustimmung (Schweizer-Ries et al. 2010; Dütschke & Wesche 2015 sowie Schiellerup et al. 2009).

Nach Braun & Knapp erhöht regionale Wertschöpfung die Akzeptanz von Windkraftanlagen, zumal wenn regionale bzw. lokale Firmen vom Bau profitierten, die Ausgaben für Energie dabei in der Region blieben (Braun & Knapp 2015) und zielgruppenspezifisch eingesetzt werden. Durch den Fokus auf Gender in Kombination mit weiteren sozialen Faktoren (Intersektionalität) werden die Anforderungen, Interessen und Einflussmöglichkeiten unterschiedlicher gesellschaftlicher, häufig marginalisierter und vulnerabler Gruppen, z.B. Alleinerziehende, Ältere, Einkommensschwache etc., berücksichtigt.

3. Geschlechtergerechtigkeit/Chancengerechtigkeit ist als gesetzlich verankertes Ziel auch durch die Klimapolitik zu unterstützen. Entsprechend sind die fördernden oder behindernden Wirkungen klimapolitischer Maßnahmen zu untersuchen und zu berücksichtigen.

Maßgebliche rechtliche Rahmenbedingungen für die Integration von Gender:

- Auf internationaler Ebene wurde 1979 das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) verabschiedet.
- Im bundesdeutschen Recht wurde 1994 Artikel 3 Absatz 2 Grundgesetz des Gleichberechtigungsgebots ergänzt: »Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin«.
- Auf Beschluss des Europäischen Rates wurde die Strategie Gender Mainstreaming 1997 in Artikel 2 und 3 EG-Vertrag (Amsterdamer Vertrag) festgeschrieben, mit der Zielsetzung der Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern bei allen politischen Entscheidungen und Maßnahmen.
- Auch im Rahmen der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals – SDGs), die 2015 verabschiedet wurden, ist die Gleichstellung der Geschlechter und Befähigung aller Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung ein eigenständiges Ziel (SDG 5).

4. Durch die Berücksichtigung von Genderaspekten in Forschung und Praxis werden auch die sozialen Dimensionen der Klimapolitik aufgedeckt und die Verknüpfung von technischen und sozialen Lösungsstrategien angeregt.

Als ein Beispiel lässt sich auf den Forschungsverbund »nordwest2050« zu klimaangepassten Innovationsprozessen im Nordwesten verweisen. Er umfasste auch ein Teilprojekt zu Gender Mainstreaming (GM). Während der Hauptfokus des Forschungsverbundes auf technischen und institutionellen Innovationen lag, erhielten durch das GM-Teilprojekt soziale Aspekte, Fragen sozialer Gerechtigkeit und insbesondere das Thema Arbeit in seiner Bedeutung als Erwerbsarbeit und Carearbeit mehr Aufmerksamkeit. Herausgearbeitet wurde, dass für eine klimaangepasste und resiliente Nordwestregion auch die geschlechtergerechte Verteilung und Neubewertung von Arbeit sowie Chancengleichheit im Zugang zu neuen Berufen und die Bildung neuer Kompetenzen relevant sind. Darüber hinaus wurde durch die Gender Mainstreaming-Prozesse der Blick auf Ungleichheiten in den gesellschaftlichen Macht- und Einflussverhältnissen auch im Bereich der Klimaanpassung gelenkt. Zudem konnten Akteur_innen eingebunden werden, die bislang nicht an regionalen Klimaanpassungsprozessen beteiligt waren, wodurch die Themen soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Lebensqualität in dem partizipativen Prozess des Forschungsverbundes gestärkt wurden.

5. Die Einbeziehung von Genderperspektiven in die Klimapolitik ist ein wesentlicher Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit und damit gleichzeitig ein Beitrag zu Klimagerechtigkeit (climate justice).

Die Einkommens- und Vermögensverhältnisse unterscheiden sich erheblich zwischen den Geschlechtern, daraus folgen auch Unterschiede in den Möglichkeiten, Anpassungs- bzw. Klimaschutzmaßnahmen durchzuführen. 2012 belief sich das individuelle Nettovermögen von Männern in Deutschland im Durchschnitt auf 97.000 Euro, 27.000 Euro mehr als bei Frauen (Grabka & Wesermeier 2014). Das spiegelt sich auch im Wohneigentum wider. Nur 27 Prozent der Vollzeit arbeitenden Frauen leben in einer eigenen Wohnung oder einem eigenen Haus, bei den Männern sind es dagegen 40 Prozent. Als Mieter_innen haben sie keinen Einfluss auf die

energetische Situation und Versorgung des Wohngebäudes. Frauen, die in einer traditionellen Versorgung leben, leben dagegen zu 48 Prozent in einer familieneigenen Immobilie (immowelt.de 2011).

Die Einkommens- bzw. Vermögensunterschiede führen ebenso wie die gesellschaftlichen Rollenzuschreibungen zu unterschiedlichen CO₂-Ausstößen sowohl in der Höhe als auch bei den Verursachungszwecken (Räty & Carlsson-Kanyama 2009).

Abb. 1 Quelle: Grabka & Wesermeier 2014
Abb. 2 Quelle: Räty & Carlsson-Kanyama 2009

Abb. 1
Individuelles Nettovermögen nach Geschlecht

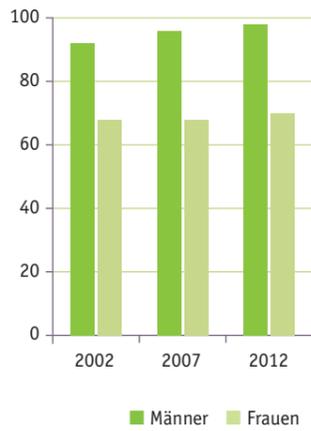
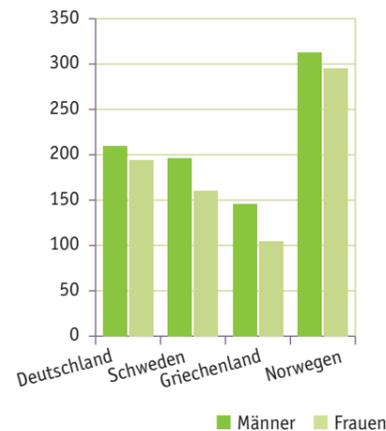


Abb. 2
Energiekonsum für durchschnittliche Frauen-/Männer-Single-Haushalte in verschiedenen Europäischen Ländern (in MJ)



6. Werden Genderperspektiven bei der Entwicklung und Umsetzung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen mit berücksichtigt, geraten die gesellschaftlichen Rollen- und Verantwortungszuschreibungen und damit auch die unbezahlte Arbeit in den Fokus. Die Auswirkungen der Maßnahmen werden nicht nur in Bezug auf die bezahlte Erwerbsarbeit, sondern auch in Bezug auf die Versorgungsarbeit betrachtet. Damit stellt sich die Frage nach einer Neubewertung und Neuverteilung aller Formen von Arbeit (Erwerbs- und Versorgungsarbeit).

Wie wichtig es ist, auch unsichtbare Versorgungsarbeit mit in den Blick zu nehmen, zeigen Ergebnisse einer Studie aus Schweden: Annika Carlsson-Kanyama und Anna-Lisa Linden (2007) berichten, dass in ihrer Forschung zu Energieeffizienz in Privathaushalten der Zusatzaufwand, der aus energiesparendem Verhalten resultiert, überwiegend von Frauen übernommen wurde. Insofern hängt die Umsetzbarkeit von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen auch davon ab, inwiefern die hierfür erforderlichen Zeit- und ökonomischen Ressourcen bei unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen zur Verfügung stehen. Diese können nicht als selbstverständlich gegeben vorausgesetzt werden. Hierfür sind Erkenntnisse und Daten über die Auswirkungen von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen auf Zeitverwendung, Arbeitsteilung und Verantwortlichkeiten zwischen den Geschlechtern in ihrem Alltag erforderlich.

7. Die Berücksichtigung von Genderperspektiven in Deutschland lenkt auch den Blick auf die Verantwortung unseres Handelns und dessen Auswirkungen auf Länder des Globalen Südens, z.B. indem die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und die Arbeitsbedingungen in den globalen Wertschöpfungs- und Produktionsketten oder die Auswirkungen unseres hohen Ressourcenverbrauchs auf die Überlebenssicherung in monetär armen Weltregionen thematisiert werden.

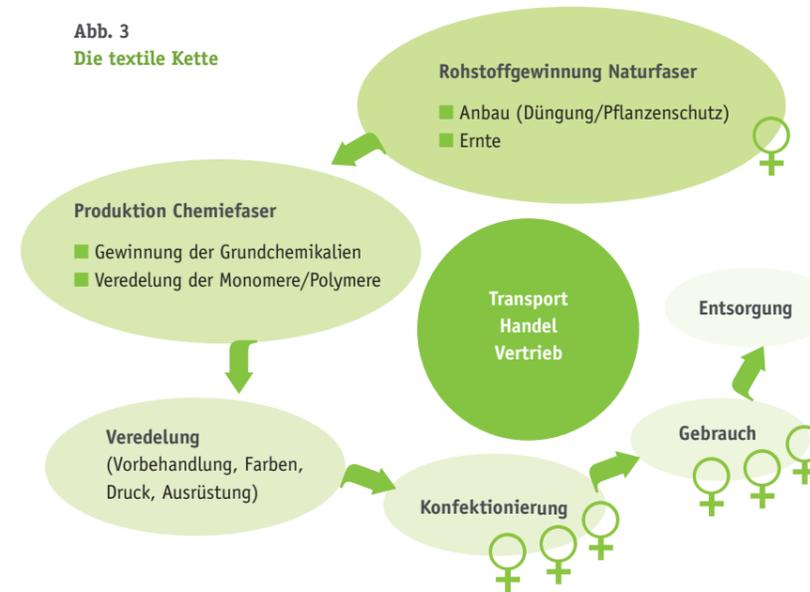
Ein Beispiel ist die globale Wertschöpfungskette von Bekleidung. Werden die Geschlechterverhältnisse entlang der textilen Kette betrachtet, zeigen sich globale Ungleichheiten und es werden die Folgen unseres Wirtschaftens und Handelns für den Globalen Süden deutlich: So decken die Löhne in der Bekleidungsbranche im Globalen Süden häufig nicht einmal den Mindestbedarf der Beschäftigten. Dadurch erzielen multinationale Unternehmen und globale Marken mit Sitz in den

Industrieländern den Hauptanteil der Gewinne. Hinzu kommt, dass durch die globalisierten Herstellungsprozesse von Kleidung Umweltbelastungen und Ressourcenverbrauch in die Länder des Globalen Südens verlagert werden.

Als übergreifendes Merkmal der textilen Wertschöpfungskette zeigt sich der hohe Frauenanteil bei den Beschäftigten, er liegt bei rund 2/3 von knapp 30 Mio. Beschäftigten. Dieser hohe Frauenanteil ist weltweit verbunden mit einem im Vergleich zu anderen Branchen unterdurchschnittlichen Einkommen, dazu kommen noch diskriminierende Arbeitsbedingungen für die überwiegend weiblichen Beschäftigten.

Abb. 3 Quelle: Südwind-Institut 2015

Abb. 3
Die textile Kette



8. Die Klimapolitik erhält eine emanzipatorische Dimension, wenn Geschlechterverhältnisse – und damit verbunden Ungerechtigkeiten und ungleiche Machtverhältnisse – adressiert werden. Dadurch wird eine grundlegende und weitreichende gesellschaftliche Transformation unterstützt, die wiederum Voraussetzung ist für eine post-fossile Gesellschaft.

Emanzipatorische Bewegungen setzen sich für die Freiheit und Gleichheit von Gruppen ein, die aufgrund von Ethnizität, Geschlecht, sexueller Orientierung, ökonomischem Status etc. diskriminiert und nicht oder nicht gleichberechtigt an Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Historisch gesehen wurden gesellschaftliche Transformationen häufig von emanzipatorischen Bewegungen angestoßen.

Die Frauen- und Genderbewegung als emanzipatorische Bewegung hat somit das Potenzial, der Klimadebatte den nötigen Impuls für eine Transformation in Richtung einer post-fossilen Gesellschaft zu geben.

9 . Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen sollten mit vielfältigen Benefits verbunden sein, also quantitative (z.B. Reduzierung von Treibhausgasen) UND qualitative Ziele (z.B. Gesundheit, Lebensqualität, Gleichstellung) verfolgen. Durch die Einbeziehung von Genderperspektiven wird die eindimensionale Ausrichtung von Klimaschutzmaßnahmen erweitert, wodurch vielfältige positive gesellschaftliche Effekte erzielt werden können.

Beispiele für positive gesellschaftliche Auswirkungen von Klimaschutzstrategien für die menschliche Gesundheit verdeutlichen beispielsweise Haines et al. (2009). So zeigten diese Forschungsergebnisse, dass zukünftige CO₂-Einsparungen in den Bereichen Haushalt, Transport, Ernährung und Landwirtschaft sowie Energieerzeugung potenziell mit Reduktionen an kardiovaskulären Erkrankungen (z.B. durch verstärktes Radfahren und Gehen als Fortbewegungsmittel) oder bestimmten Krebsrisiken (z.B. durch verringerten Konsum von Fleisch) einhergehen können. Einen weiteren Hinweis auf den Nutzen von mehrdimensionalen Klimaschutzmaßnahmen gibt Stuess (2013): dessen Studie über eine verbesserte Nutzung von Synergien zwischen Umwelt- und Sozialpolitik zeigte, dass umweltpolitische Maßnahmen dazu beitragen können, die Lebensqualität und Alltagsgestaltung sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen (z.B. Geringverdiener_innen) zu verbessern bzw. zu erleichtern.

10 . Die Auswirkungen des Klimawandels und die notwendige Anpassung werden Verteilungskonflikte hervorbringen, die wiederum Gerechtigkeitswirkungen haben werden. Durch die Einbeziehung von Genderperspektiven werden diese frühzeitig antizipiert und Gegensteuern möglich.

Ein Element des Klimaschutzes ist die – steuerlich begünstigte – energetische Sanierung von Wohngebäuden. Vor dem Hintergrund sozialer und Geschlechtergerechtigkeit stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, welche gesellschaftlichen Gruppen von diesen Fördermaßnahmen eher profitieren und Zugang zu energieeffizientem Wohnen haben bzw. welche Gruppen davon eher ausgeschlossen sind. Um soziale Schieflagen zu vermeiden oder mindestens zu dämpfen, sind Maßnahmen zu entwickeln, die auch einkommensschwachen Gruppen wie z.B. Alleinerziehenden oder Rentnerinnen mit einem überdurchschnittlich hohen Armutsrisiko energieeffizientes Wohnen ermöglichen. In ähnlicher Weise stellt sich diese Frage für den Zugang zu Wohnlagen mit einem höheren oder geringeren Risiko, von Extremwetterereignissen wie Starkregen und Überflutungen betroffen zu werden, sowie für die Verteilung von daraus resultierenden steigenden Versicherungskosten.

Solche mit Klimaschutz und Klimaanpassung verbundenen Un/Gerechtigkeitswirkungen werden bereits in Befragungen formuliert: So brachten in einer empirischen Studie insbesondere Befragte aus Familien, die von Armut bedroht sind, ihre Befürchtung zum Ausdruck, dass klimafreundlichere Technologien soziale Ungleichheiten und die gesellschaftliche Spaltung in ›privilegiert‹, die sich diese leisten können, und ›alle anderen‹, verstärken könnte (Weller 2015, S. 151).

11 . Der Austausch zwischen Expert_innen aus dem Klimaschutzbereich und dem Gleichstellungsbereich macht deutlich, dass sich Organisationsstrukturen (z.B. die anhaltenden sektoralen Zuschnitte von Politikfeldern) verändern können und müssen. Und er zeigt, dass für den Wandel neue Formen der Zusammenarbeit, zusätzliche Räume sowie Veränderungen in der Verteilung von Zeit und Geld benötigt werden, die zugleich als Anreize für diesen wechselseitigen Lernprozess wirken können.

Diesen Lernprozess zwischen unterschiedlichen Bereichen beschreibt eine Studie von Stuess (2013), die Synergien zwischen Umwelt- und Sozialpolitik unter anderem als Folge geeigneter Kooperationsstrukturen versteht. Gerade Kommunikation über Sektoren hinweg und längerfristige Kontakte zwischen Fachkulturen können laut Stuess eine erfolgreiche Zusammenarbeit stärken. Die Notwendigkeit eines solchen Austauschs betonten auch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den Bereichen Gleichstellung und Klima auf zwei Workshops im Rahmen des Projektes GenderNETCLIM.

12 . Die kritische Perspektive der Geschlechterforschung fragt nach vermeintlichen Selbstverständlichkeiten und impliziten Annahmen, die als unhinterfragte Voraussetzungen in die Gestaltung von Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung eingehen und ihre Umsetzungsfähigkeit behindern können. Sie trägt damit zu ihrer Qualitätsverbesserung bei.

Dies zeigt beispielsweise eine Studie, die sich aus Genderperspektive mit Kaufentscheidungen und Nutzungsmustern von mit Erneuerbaren Energien betriebenen Heizanlagen befaste (Offenberger & Nentwich 2011). Sie identifizierte dabei zwei Funktionen dieser Heizanlagen: zum einen die mit Technik und Funktionalität (und männlich kodierte) verbundene Funktion »Facility Management« und zum anderen die mit Behaglichkeit und Emotionalität (und weiblich kodierte) verbundene Funktion »Home Making«. Insofern ist nicht nur – wie häufig angenommen – die Funktionalität von mit Erneuerbaren Energien betriebenen Heizungsanlagen für ihre Kaufentscheidung und Nutzung bedeutsam. Vielmehr sollten auch die Anforderungen des »Home Making« bei den Entwicklungs- und Designprozessen von Heizungsanlagen berücksichtigt werden, um ihre Akzeptanz und Nutzung zu erhöhen.

Zweites Beispiel ist eine Studie über die Informationsbedürfnisse, die bei der Beratung zur energetischen Sanierung von Wohngebäuden berücksichtigt werden sollten (Fischer 2011). In einer geschlechterdifferenzierten Untersuchung wurde herausgearbeitet, dass die Annahme, die vielen Beratungsangeboten zugrunde liegt, wonach sich der Beratungsbedarf vor allem auf technisch-ökonomische Fragen (z.B. Kosten-Nutzen-Analysen, Energieverluste, Wärmedurchgangskoeffizienten) richtet, insbesondere auf Interessierte mit Vorinformation zur energetischen Sanierung zutrifft. Interessierte, die dagegen noch keinen expliziten Bezug zur energetischen Sanierung haben, haben darüber hinausgehende Informationsbedürfnisse, z.B. zu gesundheitlichen Risiken von Dämmmaterialien oder zu Alltagserfahrungen (Zeitaufwand, Baustellensituation, geeignete Handwerker u.a.). Diese Aspekte mit zu berücksichtigen trägt somit zur Qualitätsverbesserung entsprechender Beratungsangebote und ihrer Umsetzungsfähigkeit bei.

Literatur zu den Kernbotschaften

- BRAUN, FLORIAN; KNAPP, MARTIN (2015). Der ländliche Raum als Schauplatz der Energiewende. Multidisziplinäre Perspektiven auf einen komplexen soziotechnischen Transformationsprozess. Technikfolgenabschätzung – Theorie und Praxis 24 (1): 106–110.
- BUNDESFINANZMINISTERIUM (BMF) (2010). Gerechtigkeitsempfindung von Steuer- und Sozialsystemreformen. <http://kurzlink.de/Gerechtigkeit>
- CARLSSON-KANYAMA, ANNIKA; LINDEN, ANNA-LISA (2007). Energy efficiency in residences – Challenges for women and men in the North. Energy Policy 35 (4): 2163–2172.
- DÜTSCHKE, ELISABETH; WESCHE, JULIUS P. (2015). Status quo of social acceptance strategies and practices in the wind industry. WISEPower Bericht. Berlin: Fraunhofer ISI. www.wisepower-project.eu
- FISCHER, KARIN; WELLER, INES (2015). Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsdimension in einem regionalen Klimaanpassungsprozess. In: Arnim von Gleich, Bernd Siebenhüner (Hrsg.). Regionale Klimaanpassung im Küstenraum. Marburg: Metropolis-Verlag, 109–127.
- FISCHER, KARIN (2011). Genderaspekte der Gebäudekerndämmung aus erneuerbaren/wiederverwerteten Rohstoffen. artec-paper Nr. 176. Bremen: artec.
- GRABKA, M. MARKUS; WESERMEIER, CHRISTIAN (2014). Anhaltend hohe Vermögensverteilung in Deutschland. In: DIW Wochenbericht 9/2014: Vermögensverteilung, 151–164.
- HAINES, ANDY; MCMICHAEL, ANTHONY J.; SMITH, KIRK R.; ROBERTS, IAN; WOODCOCK, JAMES; MARKANDYA, ANIL, et al. (2009). Public health benefits of strategies to reduce greenhouse-gas emissions: overview and implications for policy makers. Lancet 374: 2104–2114.
- IMMOWELT.DE (2011). Wohneigentum: Frauen leben seltener in einer eigenen Immobilie als Männer. <http://kurzlink.de/Immo>
- KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN (2009). Weissbuch – Anpassung an den Klimawandel: Ein europäischer Aktionsrahmen. KOM/2009/0147 endg. <http://kurzlink.de/Weissbuch>
- OFFENBERGER, URSULA; NENTWICH, JULIA (2011). Soziokulturelle Bedeutungen von Wärmeenergiekonsum in Privathaushalten. In: Rico Defila, et al. (Hrsg.). Wesen und Wege nachhaltigen Konsums. Ergebnisse aus dem Themenschwerpunkt »Vom Wissen zum Handeln – Neue Wege zum nachhaltigen Konsum«. München: oekom, 313–329.
- RÄTY, RIITA; CARLSSON-KANYAMA, ANNIKA (2009). Energy consumption by gender in some European countries. Energy Policy 38(1) 646–649.
- SCHIELLERUP, PERNILLE; CHIAVARI, JOANA; BAULER, JOHN; GRANCAGNOLO, MARCO (2009). Climate Change, Mitigation Policies and Social Justice in Europe. Discussion Paper. Brüssel: King Baudouin Foundation (Hrsg.).
- SCHWEIZER-RIES, PETRA; RAU, IRINA; NOLTING, KATRIN; KEPLER, DOROTHEE (2010). Aktivität und Teilhabe – Akzeptanz Erneuerbarer Energien durch Beteiligung steigern. Projektabschlussbericht. <http://fg-umwelt.de/index.php?id=158>
- STIESS, IMMANUEL (2013). Synergien von Umwelt- und Sozialpolitik – Soziale Innovationen an der Schnittstelle von Umweltschutz, Lebensqualität und sozialer Teilhabe. In: Jana Rückert-John (Hrsg.). Soziale Innovation und Nachhaltigkeit. Wiesbaden: Springer, 33–49.
- SÜDWIND INSTITUT (2015). Vom fehlenden Nutzen der Freiwilligkeit. Soziale und ökologische Probleme in der globalen Bekleidungsproduktion und Ansätze zu ihrer Lösung. <http://kurzlink.de/Suedwind>
- WELLER, INES (2015). Klimafreundlicher Konsum. In: Sybille Bauriedl (Hrsg.). Wörterbuch Klimadebatte. Bielefeld: Transcript, 149–155.
- WICK, INGEBORG (2009). Soziale Folgen des liberalisierten Weltmarktes für Textil und Bekleidung. Strategien von Gewerkschaften und Frauenorganisationen. Eine Studie im Auftrag der Otto Brenner Stiftung. Frankfurt/Main: OBS-Arbeitsheft 62.

Im folgenden Abschnitt wird am Beispiel von insgesamt sechs Handlungsfeldern aufgezeigt, wie das Zusammendenken und die Verknüpfung von Klima und Gender bei der Umsetzung von Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel gelingen kann.



Gender+Klima integrieren: Handlungsfelder

Die sechs Handlungsfelder beziehen sich jeweils auf Bereiche, die im Kontext Klima(wandel) eine wichtige Rolle spielen. Beispielhaft haben wir hierfür die Handlungsfelder Energie, Bauen, Raumplanung, Ernährung, Gesundheit und Mobilität ausgewählt. Die Ausführungen für die Handlungsfelder folgen einer einheitlichen Struktur: Zunächst werden die Relevanz für die Klimapolitik und deren Umsetzung dargestellt und die Genderaspekte für das jeweilige Handlungsfeld bzw. Querschnittsthema erläutert. Daran anknüpfend geben Leitfragen Anregungen für eine Genderanalyse, die auf eine gendersensible Planung und Umsetzung von Maßnahmen abzielt. Zusätzlich werden einige Themen durch konkrete Beispiele in die Praxis übersetzt.

Handlungsfeld Energie

Die Energieproduktion und der entsprechende direkte und indirekte Energiekonsum – also die Energie, die zur Herstellung von Produkten verwendet wird – sind Hauptversacher des CO₂-Ausstoßes und damit auch maßgebliche Ansatzpunkte zum Klimaschutz. Einstellungen zur Energieproduktion und zur Energiewende, aber auch Ursachen und Höhe des Energiebedarfs und des Energieverbrauchs sind determiniert durch gesellschaftliche Rollenzuschreibungen, Verantwortlichkeiten und Geschlechteridentitäten. Versorgungsarbeit erhöht den Energiebedarf, ebenso wie beispielsweise die intensive Nutzung des Internets oder von Computerspielen. Eine weitere wichtige Determinante für den Energieverbrauch ist das Einkommen. Je höher das Einkommen, desto höher der »Carbon-Footprint«: größere Wohnungen, größere und leistungsstärkere Autos, mehr elektronische Produkte sind unter anderem dafür verantwortlich. Auch beim Einkommen spielen die Geschlechterverhältnisse eine nicht unerhebliche Rolle und können auf der einen Seite zu hohem Energieverbrauch, auf der anderen Seite zu Energiearmut, unter anderem hervorgerufen durch energetisch veraltete Gebäude (Wärmedämmung, Heizung, Warmwasserversorgung) oder ineffiziente Haushaltsgeräte, führen.

Damit Klimaschutzmaßnahmen ihre bestmögliche Wirkung entfalten können, ist eine geschlechterdifferenzierte Betrachtung unter Berücksichtigung der genannten sozio-ökonomischen Faktoren notwendig.

Bei der Planung und Gestaltung von Maßnahmen im Energiebereich können beispielsweise folgende Fragen zielführend sein:

- Wendet sich die Maßnahme an Privathaushalte?
 - Wenn ja, wird dabei berücksichtigt, dass Haushalte selbst keine Akteure sind, sondern die darin lebenden Personen unterschiedlichen Geschlechts, Alters, kulturellen Hintergrunds?
 - Werden die einzelnen Haushaltsmitglieder angesprochen und dabei Rollenzuschreibungen, Verantwortlichkeiten und Geschlechterstereotype reflektiert?
- Adressiert die Maßnahme die aus der Versorgungsarbeit resultierenden Energiebedarfe?
 - Wenn ja, gehen die Einsparmaßnahmen oder Energieeffizienzmaßnahmen zu Lasten derjenigen, die diese Arbeiten (unsichtbar und unbezahlt) ausführen? Wie kann das verhindert oder zumindest ein Ausgleich geschaffen werden?
- Werden die möglicherweise unterschiedlichen Prioritäten zur Energieeinsparung von Personen unterschiedlichen Geschlechts, kulturellen Hintergrunds, Alters, unterschiedlicher Bildungs- und Einkommenssituation etc. berücksichtigt? Z.B. indem abgewogen wird, ob und wann technische Ansätze sinnvoll sind, wann und wie Lebensstiländerungen diese ergänzen müssen oder gar zielführender sind?
 - Wie werden die unterschiedlichen Prioritäten jeweils bewertet und unterstützt?
- Sind finanzielle Unterstützungs- oder Beteiligungsmaßnahmen (z.B. Bürger_innenanlagen Erneuerbare Energie) vorgesehen?
 - Wenn ja, sind die Beteiligungsmöglichkeiten bzw. Finanzierungen so konzipiert, dass auch Personen mit geringerem Einkommen Zugang haben und profitieren können?

Praxisbeispiel: Cariteam-Energiesparservice

Mit dem Projekt schult der Caritasverband Frankfurt am Main e.V. Langzeitarbeitslose zu »Serviceberatern Energie- und Wassertechnik«, die im Anschluss Haushalten mit geringem Einkommen eine kostenlose Energie- und Wassersparberatung – verbunden mit einem Starterkit – anbieten. Dieses Projekt, das arbeitsmarkt-, sozial- und klimapolitische Ziele verbindet, ist so erfolgreich, dass es inzwischen bundesweit umgesetzt wird.

Eine Evaluation (durchgeführt 2009–2010) sowohl der Seite der Berater_innen als auch der Nutzer_innen brachte neben den guten Ergebnissen bei der späteren Integration in den Arbeitsmarkt und der Einsparung von Energie zwei erstaunliche Ergebnisse zu Tage: während an den Schulungen der Anteil von Frauen bei unter 10 Prozent lag, wurde die Energie-sparberatung überproportional häufig von Frauen angefragt (60 Prozent). Auch die Motivation war unterschiedlich: Frauen waren an Energiespartipps und Beiträgen zum Klimaschutz interessiert, Männern ging es eher um die ökonomische Seite und um das Starterkit mit Energiesparlampen, Wasserperlatoren und Wassersparduschköpfen, TV-Abschaltern oder schaltbaren Steckerleisten. Erfahren haben 50 Prozent der Männer von dem Projekt über die Jobcenter der Arbeitsämter, aber nur 25 Prozent der Frauen.

Dieses hier sehr verkürzt dargestellte Beispiel zeigt wie wichtig es ist, die unter anderem auf Grund von Geschlecht, ethnischen Hintergrund und Bildungsstand unterschiedlichen Ausgangssituationen, Interessen und Motivationslagen der Zielgruppe bei der Planung von Maßnahmen zu berücksichtigen, um eine gerechte Verteilung des Nutzens für die Zielgruppe und für das Klima zu erreichen.

Handlungsfeld Bauen

Das Handlungsfeld Bauen ist sowohl für den Klimaschutz als auch für die Anpassung an den Klimawandel von Relevanz. Beispielsweise spart der Schutz vor Wärme (oder Kälte) durch Dämmung gleichzeitig Energie für Heizung oder Kühlung. Und der Schutz vor Hochwasser ist nicht nur eine Frage des Standorts, sondern auch der Kapazitäten von Entwässerungssystemen. Betroffen davon sind Hauseigentümer_innen ebenso wie Mieter_innen. Ob und wie sie in der Lage sind, sich vor den Auswirkungen des Klimawandels zu schützen und Klimaschutzmaßnahmen baulich umzusetzen, ist vor allem abhängig vom sozio-ökonomischen Status. Bauleitplanung und Raumordnung geben dabei den Rahmen vor und bieten auch den Hebel für die Politik, klimaschützendes und klimaangepasstes Bauen zu forcieren.

Auch im Gebäudebestand können zahlreiche Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen umgesetzt werden, wie z.B. energetische Sanierungsmaßnahmen, Nutzung von Solarenergie für die Wassererwärmung und Stromerzeugung sowie Regenwassernutzung. Ob und wie diese umgesetzt werden, hängt zum einen von der unterstützenden Gesetzgebung, wie z.B. der Energieeinsparverordnung EnEV ab, mit der die bautechnischen Anforderungen für Energieeffizienz bei Sanierungs- und Neubaumaßnahmen geregelt werden, zum anderen von den Präferenzen der Entscheidenden, z.B. für technische Einzellösungen oder eher umfassendere Konzepte. Hierbei sind auch Genderaspekte von Bedeutung. Diese können insbesondere in der Planungsphase eine wichtige Rolle spielen und die Entscheidung für Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen beeinflussen. Die Kommunikation von Erfahrungen mit und konkrete Informationen über die Durchführung von Maßnahmen sind dabei für den Entscheidungsprozess für oder gegen einzelne Klimaschutz- oder Klimaanpassungsmaßnahmen von Relevanz.

Um diesen Prozess zu unterstützen, können folgende Fragen hilfreich sein:

- Welche Zielgruppen sollen durch die geplanten Maßnahmen erreicht werden? Welche Erkenntnisse liegen über deren Motive, Informationsbedürfnisse und Handlungsmöglichkeiten vor?
 - Werden z.B. mögliche Unterschiede zwischen Interessent_innen in Hinblick auf ihr technisch-ökonomisches Vorwissen, in der Risikowahrnehmung gesundheitlicher Implikationen von Dämmmaßnahmen oder -materialien sowie in Hinblick auf die im Alltag zu erwartenden Belastungen geprüft und durch entsprechende Informationsangebote adressiert?
 - In welcher Sprache wird über Klimaschutz/Klimaanpassung informiert?
- Wird ein Erfahrungsaustausch ermöglicht zwischen Eigenheimbesitzern und Eigenheimbesitzerinnen mit und ohne Erfahrungen an baulichen Klimaschutzmaßnahmen sowie Fachexpert_innen und auch Handwerker_innen aus dem entsprechenden Bereich?
 - Welche Themen können mit Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen verknüpft werden? Für welche Zielgruppen sind diese besonders interessant? Beispiele für einen solchen »Multi-Benefits«-Ansatz sind u.a. Sicherheit im Zusammenhang mit neuen Fenstern, Gesundheit mit ökologischen Baustoffen und nicht zuletzt kalkulierbare ökonomische Einsparungen bei energetischen Maßnahmen.

Praxisbeispiel:

Die Verbraucherzentralen verfolgen im Rahmen ihrer Energieberatung auch die Aufgabe, einen Beitrag zur Erreichung der nationalen Klimaziele zu leisten. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Anzahl alleinstehender Hausbesitzerinnen bietet die Verbraucherzentrale (VZ) Bremen seit 2014 gezielt Beratungsangebote für Frauen an. Diese Angebote erzielen nach den Erfahrungen der VZ Bremen eine gute Resonanz. Das Besondere dieses Angebots mit dem Titel »Vorgehen bei der Altbau-sanierung – Schritt für Schritt« liegt nach den Beobachtungen der VZ Bremen in der Atmosphäre sowie den Themen und Fragen, die von den Teilnehmerinnen eingebracht werden. Im Unterschied zu gemischtgeschlechtlichen Veranstaltungen beteiligten sich in der Frauengruppe die Teilnehmerinnen intensiver und die Fragen bezögen sich neben den Energieeffizienzwerten auch auf Alltagsfragen der Durchführung der Sanierung und Erfahrungen mit Handwerker_innen und einzelnen Gewerken. Durch eine zielgruppenbezogene Kommunikation sowie die Berücksichtigung unterschiedlicher Interessen und Bedürfnisse unterschiedlicher Gruppen von Frauen und Männern können daher bisher ungenutzte Energieeinsparpotenziale aktiviert und Klimaschutzmaßnahmen weiter verbreitet werden.

(Vgl. Verbraucherzentrale Bremen: www.verbraucherzentrale-bremen.de)

Handlungsfeld Raumplanung

Im Rahmen der Raumplanung werden Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen in räumliche Maßstäbe übersetzt, konkret geplant und umgesetzt. Auch Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel wie z.B. der Ausbau von Deichen oder die Schaffung von Retentionsflächen werden im Rahmen der Raumplanung verhandelt. Das Bundesbaugesetz sieht seit 2011 die Prüfung von Klimaaspekten im Rahmen der sogenannten »Relevanzprüfung« vor, bereits seit 2002 sind die Anforderungen von Gender Mainstreaming verankert und damit Rechtsgrundlage für die Integration in die Raumplanung.

Das Handlungsfeld Raumplanung ist insbesondere dadurch gekennzeichnet, dass Vorstellungen über Gesellschaft räumlich abgebildet und Lebenswelten aktiv geordnet werden. Die Formung räumlicher Strukturen basiert dabei auf gesellschaftlichen (Macht-)Verhältnissen, die reproduziert oder verändert werden können. Hierbei kommt es auch zu Wechselwirkungen mit den Geschlechterverhältnissen, die in Räumen auf vielfältige Art und Weise wirksam sind, z.B. durch die Unterscheidung öffentlicher und privater Sphären und Tätigkeiten oder die ungleiche Priorisierung von Erwerbs- und Familienarbeit durch die Raumplanung. Diese Aspekte spielen auch im Zusammenhang mit Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen eine Rolle. Werden sie bereits in der Planungsphase berücksichtigt, kann dies zu einer chancen- und geschlechtergerechten Raumplanung beitragen. Grundlegend für die Einnahme der Geschlechterperspektive ist, scheinbar unumstößliche gesellschaftliche Gegebenheiten zu hinterfragen und herauszufinden, wie unterschiedliche Lebens- und Arbeitssituationen durch die Raumplanung besser berücksichtigt werden können. Beispielsweise geht es um die Frage, wie negative Auswirkungen der Trennung von Wohnen und Arbeiten überwunden oder Erwerbs- und Versorgungsarbeiten leichter miteinander verbunden werden können.

Hilfreiche Fragen für die Berücksichtigung von Gender im Kontext klimafreundlicher Raumplanung können sein:

- Werden bei der Entwicklung von integrierten Konzepten der Raumplanung mit Bezug auf Klimaschutz und Klimaanpassung auch mögliche Geschlechterunterschiede z.B. in Hinblick auf ihre Handlungsmöglichkeiten, Anforderungen und Wirkungen berücksichtigt?
- Wie wird Transparenz in den Planungsprozessen gewährleistet?
- Werden Gender-Expert_innen verbindlich und regelmäßig in Planungen und Aktivitäten zu Klimaschutz und Klimaanpassung im Rahmen von Stadtentwicklung und Regionalentwicklung eingebunden?
- Werden durch differenzierte Beteiligungsprozesse unterschiedliche Bevölkerungsgruppen in Planungen und Konzepterarbeitung sowie Konkretisierungen und Umsetzungen eingebunden?
- Wie können vorhandenen Daten so genutzt werden, dass eine geschlechtergerechte und zielgruppenspezifische Umsetzung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen gewährleistet ist? (siehe dazu: Milbert et al. 2015)

Handlungsfeld Ernährung

Der Bereich Ernährung verursacht insbesondere durch die Herstellung und den Konsum von tierischen Lebensmitteln (Milch- und Fleischprodukte) Treibhausgase in hohem Maß. Außerdem ist die Menge an Lebensmitteln, die produziert, konsumiert und weggeworfen wird, vergleichsweise hoch. Dazu kommt, dass es zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen – in Abhängigkeit von z.B. Alter, Geschlecht, Einkommen, Nationalität, Ethnizität und Gesundheit – erhebliche Unterschiede in den Präferenzen, in der Zusammensetzung und Menge der konsumierten Lebensmittel gibt.

Um wirksame Maßnahmen zur Förderung von **Klimaschutz** im Bereich Ernährung zu entwickeln, ist es hilfreich, die möglichen ernährungsbezogenen Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen zu kennen und zu berücksichtigen. Als »Eye-Opener« hierfür können z.B. folgende Fragen dienen:

- Auf welchen Annahmen über den Verbrauch an Lebensmitteln und deren Ressourcenverbrauch basieren die Konzepte?
 - Inwiefern werden Unterschiede zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen in Hinblick auf ihren Verbrauch an Nahrungsmitteln und deren Ressourcenverbrauch bzw. Klimagasausstoß berücksichtigt?
 - Welche Daten stehen hierüber zur Verfügung?
- Lassen sich Gruppen identifizieren, deren Lebensmittelkonsum mit einem überdurchschnittlich hohen bzw. besonders niedrigen Ressourcenverbrauch und entsprechenden Treibhausgasemissionen verbunden ist? Werden für diese jeweils spezifische Maßnahmen entwickelt?
- Welche Besonderheiten charakterisieren diese Gruppen z.B. in Hinblick auf Zeit/Knappheiten, Einkommens- und kulturelle Unterschiede, Zugang zu Lebensmitteln, Wissen über Lebensmittel?
 - Wie können diese bei der Entwicklung von Strukturen und Strategien für eine klimafreundlichere Ernährung berücksichtigt werden?
- Welche Angebote und Versorgungsstrukturen sind geeignet, um die individuelle Ernährungsverantwortung zu entlasten und nicht ungewollt zu einem Mehr an Verantwortung bei den für Ernährung Verantwortlichen beizutragen? Zu prüfen wäre hier beispielsweise die Einbindung von Kantinen, Mensen, Gastronomie u.a. bei der Entwicklung von Konzepten für mehr Klimaschutz im Ernährungsbereich.

Der Bereich Ernährung bietet ebenfalls Möglichkeiten, Strategien der Klimaanpassung zu unterstützen, z.B. durch städtisches Gärtnern (Urban Gardening). Dies kann sowohl einen Beitrag zur **Klimaanpassung** in Städten als auch einen Beitrag zu Eigenversorgung leisten.

Die Wirksamkeit und Geschlechtergerechtigkeit solcher Maßnahmen kann beispielsweise durch die Berücksichtigung folgender Fragen und Ansatzpunkte berücksichtigt werden:

- Wie sind in Städten Urban Gardening-Aktivitäten räumlich verteilt? Wer bzw. welche gesellschaftlichen Gruppen haben Zugang und beteiligen sich daran? Welche nicht? Wie lassen sich diese in Hinsicht auf die Dimensionen Alter, Geschlecht, Einkommen oder Versorgungssituation charakterisieren?
- Lassen sich Quartiere oder gesellschaftliche Gruppen identifizieren, die nur eingeschränkt Zugang zu Urban Gardening haben? Worauf lässt sich dies zurückführen?
- An welche Akteur_innen und gesellschaftliche Gruppen richten sich politische Strategien und Konzepte der Klimaanpassung im Bereich Ernährung?
 - Wie kann gewährleistet werden, dass unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen und divers zusammengesetzte Quartiere erreicht werden?
 - Führen diese zu einem Empowerment der beteiligten Akteurinnen und Akteure?
- Für welche Akteur_innen und gesellschaftlichen Gruppen sind diese Klimaanpassungsaktivitäten möglicherweise mit Nachteilen verbunden?

Handlungsfeld Gesundheit

Die menschliche Gesundheit ist sowohl von den Auswirkungen des Klimawandels als auch von Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung betroffen. Der Gesundheitszustand wird unter anderem von individuellen (z.B. Verhalten), sozialen (z.B. soziale Netzwerke), ökonomischen (z.B. Einkommen) und auch umweltbezogenen Einflüssen (z.B. Luftverschmutzung oder Wohnbedingungen) bestimmt. Darüber hinaus beeinflusst auch Geschlecht Gesundheitsrisiken: sowohl der Einfluss von Genetik und Biologie auf die Krankheitsentwicklung als auch die Folgen von sozialer Ungleichbehandlung und unterschiedlichem Risikoverhalten können den Gesundheitszustand, den Zugang zur Gesundheitsversorgung oder eine angemessene Behandlung von Krankheiten beeinträchtigen.

Im Kontext von Klimawandel ist die Gesundheit von Frauen und Männern besonders durch Auswirkungen von Extremwetterereignissen oder Infektionskrankheiten durch veränderte Lebensräume von Infektionsträgern gefährdet. Geschlecht und Geschlechterverhältnisse beeinflussen dabei die Verwundbarkeit von Personen unterschiedlich. Studien in Europa haben gezeigt, dass ältere Frauen mit kardiovaskulären Vorerkrankungen ein größeres Risiko haben, an den Folgen von extremer Hitze zu sterben. Personen, die bei Hitze draußen körperlich arbeiten, stehen unter einem größeren Hitzschlag-Risiko, und Schwangere sind anfälliger gegenüber bestimmten Infektionen wie Malaria. Sozio-ökonomisch beeinflusste Faktoren, wie das Wohnen in schlecht isolierten Räumen, können ebenfalls gesundheitliche Risiken bei Schimmelbildung im Winter oder starker Hitzeentwicklung im Sommer bedeuten.

Klimaanpassungs- und Klimaschutzmaßnahmen sollten immer auf ihre möglichen Auswirkungen auf Gesundheitsrisiken geprüft werden, um ungewollte »Nebenwirkungen« von Strategien zu vermeiden und positive Folgen von Maßnahmen zu stärken. Dabei können gleichzeitig unterschiedliche Auswirkungen auf die Gesundheit von verschiedenen Gruppen von Männern und Frauen in den Blick genommen werden.



Hilfreiche Fragen für die Berücksichtigung von Gender im Bereich von Klima und Gesundheit können sein:

- Auf welcher Datenbasis wird eine Entscheidung zugunsten der Maßnahme getroffen? Liegen gesundheitsbezogene Daten für alle Geschlechter getrennt vor?
- Erfolgt eine Prüfung möglicher gesundheitlicher Folgen der Maßnahmen, auch geschlechterdifferenziert? Wird dies sowohl vor Beginn der Maßnahme als auch als Teil einer Evaluation berücksichtigt?
- Ist die Ansprache von Warnhinweisen oder Informationsmaterial passend für diejenigen, die sie benutzen und befolgen sollen? Liegt das Material in den Muttersprachen der Zielgruppen vor?
- Sind Maßnahmen, die auf eine Verhaltensänderung hinsteuern, mit Kosten verbunden? Hierzu gehört Geld, zum Beispiel für Strom bei der Nutzung von Ventilatoren bei Hitze, aber auch Zeit, zum Beispiel wenn Familienangehörige ältere Verwandte bei Hitze besuchen und sie versorgen. Sind diese Kosten zwischen den Geschlechtern und zwischen gesellschaftlichen Gruppen gerecht verteilt?
- Welche Rolle können Gesundheitseinrichtungen und Gesundheitsberufe bei der Umsetzung der Maßnahmen spielen?
- Werden die von den Maßnahmen betroffenen Zielgruppen bereits beim Design von Strategien einbezogen?

Handlungsfeld Mobilität

Mobilität spielt sowohl für Klimaschutz als auch für die soziale Teilhabe eine entscheidende Rolle. Der Verkehrssektor macht aktuell ca. 20 Prozent der energiebedingten CO₂-Emissionen in Deutschland aus und ist darüber hinaus erheblich an Luftverschmutzung und Flächenversiegelung beteiligt (BMUB 2016). Damit Deutschland seine Klimaziele erreichen kann, ist daher eine grundsätzliche Umgestaltung der Verkehrssysteme hin zu einer klimafreundlicheren Mobilität zwingend. Für die erforderliche Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs sind attraktive Angebote an öffentlich zugänglichen und gemeinschaftlich nutzbaren Mobilitätsformen zu entwickeln sowie Fahrrad- und Fußwege weiter auszubauen und zu verbessern. Neue Konzepte ebenso wie der Ausbau vorhandener müssen sich an den Zielen einer nachhaltigen Entwicklung und damit auch an (Geschlechter)Gerechtigkeit orientieren. Dies bedeutet u.a. die unterschiedlichen Verkehrsteilnehmer_innen, einschließlich Fußgänger_innen und Fahrradfahrer_innen, gleichberechtigt zu behandeln. Bereits bei der Planung sind daher unterschiedliche Prioritäten und Anforderungen an Mobilität zu bestimmen und zu berücksichtigen, und sich von der immer noch häufigen Orientierung am (männlichen) Berufspendler ohne Versorgungsalltag zu lösen.

Mobilitätsbedürfnisse und -muster stehen in engem Zusammenhang mit den jeweiligen Lebens-, Arbeits- und Wohnsituationen. Sie werden von den strukturellen Unterschieden zwischen ländlichem Raum und urbanem Umfeld, von Unterschieden in Einkommen und Umwelteinstellungen sowie den gesellschaftlichen Rollenzuschreibungen und Verantwortlichkeiten beeinflusst. So erklärt sich, dass Männer im Durchschnitt länger unterwegs sind, größere Strecken zurücklegen und dabei meist als klaren Hauptwegezweck den Weg zur Arbeit verfolgen. Frauen hingegen legen durchschnittlich kürzere Strecken zurück und bilden dabei auf Grund von Versorgungsarbeiten häufiger komplexere Wegeketten. Auch bei der Wahl der Verkehrsmittel zeigen sich Unterschiede: Frauen nutzen weniger das Auto, Männer sind seltener zu Fuß, mit dem Rad oder dem ÖPNV unterwegs.

Um die Alltagstauglichkeit und Alltagsqualitäten von Mobilitätsangeboten zu gewährleisten, sind bei der Entwicklung klimafreundlicherer Verkehrskonzepte mögliche Unterschiede in den Anforderungen, Bedürfnissen und Lebensmodellen verschiedener Gruppen von Frauen und Männern sowie der lokale Kontext zu berücksichtigen.

Folgende Fragen können dabei eine unterstützende Rolle spielen:

- Wie bewerten unterschiedliche Gruppen von Nutzer_innen die Alltagstauglichkeit der Verkehrsangebote?
- Gibt es Daten über die verschiedenen komplexen lokalen Mobilitätsmuster? Welche Wege(ketten) werden auf Stadtteil- bzw. Ortsebene von welchen Gruppen zurückgelegt?
- Wird die Ist-Situation für diejenigen, die Versorgungsarbeit leisten (und diese mit Erwerbsarbeit kombinieren), verbessert?
- Wird der Aspekt der Sicherheit ausreichend berücksichtigt (sichere Rad- und Fußwege für Kinder oder Nachtbusse für Jugendliche können zu einer erheblichen Reduktion von Begleitwegen für Eltern führen)?
- Wessen Interessen und Anforderungen setzen sich bei der Entwicklung von Verkehrskonzepten durch?

Praxisbeispiel:

Für die Erstellung des Nahverkehrsplans 2008 der Region Hannover wurden differenzierte Analysen (Heineking 2002) durchgeführt, um die Mobilitätsbedürfnisse verschiedener Nutzer_innengruppen zu erfassen. Wichtiges methodisches Element war die Erstellung von Wege-Protokollen von Haushalten und ihren Mitgliedern, um detailliert die Anzahl, Länge, Zweck der Wege und benutztes Verkehrsmittel zu ermitteln. Dabei wurden Aspekte aufgedeckt, die in solchen Befragungen sonst eher unsichtbar bleiben, zu dem zeigten sich Unterschiede zwischen den Geschlechtern in ihren Mobilitätsmustern und Mobilitätsbedürfnissen. Beispielsweise konnte nachgewiesen werden, dass Frauen deutlich mehr Wege außerhalb der Erwerbstätigkeit zurücklegen als Männer und sich zudem die Tageszeiten, zu denen sie unterwegs waren, unterscheiden. Am deutlichsten waren die Unterschiede in Familienhaushalten mit Kindern. Aus den empirischen Ergebnissen wurden konkrete Empfehlungen für die Gestaltung des Nahverkehrs abgeleitet, z.B. in Hinblick auf die Fahrplangestaltung, die Verteilung von Haltestellen in Wohngebieten sowie die Entwicklung eines breiten Spektrums an Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Sicherheitsgefühls von Nutzer_innen.

Literatur zu den Handlungsfeldern

Energie

DÜNNHOFF, ELKE; STIESS, IMMANUEL; GIGLI, MICHAELA; BIRZLE-HARDER, BARBARA (2009). Evaluation des Cariteam Energiesparservice in Frankfurt a. M. Modul I: soziale Akzeptanzanalyse und ökologische Wirkungsanalyse des Cariteam Energiesparservice in Frankfurt a. M. für Haushalte mit geringem Einkommen. Heidelberg, Frankfurt a.M.: ISOE/IFEU. <http://kurzlink.de/Cariteam>

EUROPEAN INSTITUTE FOR GENDER EQUALITY (2012). Review of the Implementation in the EU of area K of the Beijing Platform for Action: Women and the Environment. Luxemburg: EIGE. <http://kurzlink.de/EIGE>

RÄTY, RIITA; CARLSSON-KANYAMA, ANNIKA (2010). Energy consumption by gender in some European countries. Energy Policy 38 (1): 646–649.

HOFMEISTER, SABINE; KANNING, HELGA; MÖLDERS, TANJA (2016). Gendered Energy. Analytische Perspektiven und Potenziale der Geschlechterforschung für eine sozial-ökologische Transformation der Energiesysteme im Raum. Raumforschung und Raumordnung. (im Erscheinen)

Bauen

BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2005). Gender Mainstreaming im Städtebau – Gute Beispiele. ExWoSt-Informationen 26/4. Berlin: ExWoSt. http://kurzlink.de/BBR_GM

DEUTSCHES INSTITUT FÜR URBANISTIK (2015). Gender und Diversity in der Stadt der Zukunft: Konzepte, Prozesse, Beteiligung (Seminar dokumentation). Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik. <http://kurzlink.de/difu>

FISCHER, KARIN (2011). Genderaspekte der Gebäudekerndämmung aus erneuerbaren/wiederverwerteten Rohstoffen. artec-paper Nr. 176. Bremen: artec.

SZALAT, ELKE (2012). Gender Planning. Geschlecht als Grundlage für Planung und Raum. In: Elli Scambor; Fränk Zimmer (Hrsg.). Die intersektionelle Stadt. Geschlechterforschung und Medienkunst an den Achsen der Ungleichheit. Bielefeld: Transcript, 179–191.

Raumplanung

BAURIEDL, SYBILLE; SCHIER, MICHAELA; STRÜVER, ANKE (Hrsg.) (2010). Geschlechterverhältnisse, Raumstrukturen, Ortsbeziehungen. Münster: Forum Frauen- und Geschlechterforschung.

LINDNER-ROSNER, MONIKA; WEBER, JOSEF (2013). Gender Mainstreaming – Leben in der Stadt. Broschüre. Nürnberg: Stadt Nürnberg Baureferat/Stadtplanungsamt.

MILBERT, ANTONIA; MÜLLER-KLEISSLER, RENATE; STURM, GABRIELE (2015). Gender Index revisited. BBSR-Analysen KOMPAKT 08/2015. http://kurzlink.de/BBSR_Gender_Index

Ernährung

MAX RUBNER-INSTITUT (2013). Nationale Verzehrsstudie II. Lebensmittelverzehr und Nährstoffzufuhr auf Basis von 24h-Recalls. Karlsruhe. <http://kurzlink.de/MRI-Verzehrsstudie>

WWF DEUTSCHLAND (2012). Klimawandel auf dem Teller. Berlin.

Gesundheit

BOLTE, GABRIELE (2015). Geschlecht, Umwelt und Gesundheit. In: Petra Kolip; Klaus Hurrelmann (Hrsg.). Handbuch Geschlecht und Gesundheit. Männer und Frauen im Vergleich. Bern: Hogrefe Verlag, 58–70.

EIS, DIETER; HELM, DIETER; LAUSSMANN, DETLEF; STARK, KLAUS (2010). Klimawandel und Gesundheit: Ein Sachstandsbericht. Berlin: Robert-Koch-Institut. http://kurzlink.de/RKI_Klima-Gesundheit

WORLD HEALTH ORGANIZATION (2011). Gender, climate change and health. Genf: World Health Organization.

KUHLMANN, ELLEN; KOLIP, PETRA (2005). Gender und Public Health: grundlegende Orientierungen für Forschung, Praxis und Politik. Weinheim: Juventa.

Mobilität

AHREND, CHRISTINE; HERGERT, MELANIE (2012). Verkehrs- und Mobilitätsforschung aus der Genderperspektive. In: Sabine Hofmeister; Christine Katz; Tanja Möders (Hrsg.). Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit. Die Kategorie Geschlecht in den Nachhaltigkeitswissenschaften. Opladen [u.a.]: Verlag Barbara Budrich, 218–227.

BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ, BAU UND REAKTORSICHERHEIT (BMUB) (2016). Pressemitteilung: UBA-Emissionsdaten für 2015 zeigen Notwendigkeit für konsequente Umsetzung des Aktionsprogramms Klimaschutz 2020. <http://kurzlink.de/BMUB-Emissionsdaten>

HEINEKING, INGRID (2002). Chancengleichheit beim Zugang zu Mobilität. Analyse der Verkehrsbefragung »Mobilität in Deutschland (MiD) 2002« unter ausgewählten Gender-Aspekten – am Beispiel der Region Hannover (Niedersachsen, Deutschland). In: Schrenk, Manfred; Popovich, Vasily V.; Zeile, Peter (Hrsg.). Tagungsband REAL CORP 2010: CITIES FOR EVERYONE. Liveable, Healthy, Prosperous. Wien, 1033–1039. http://conference.corp.at/archive/CORP2010_206.pdf

PROJEKTSERVICE PLANEN UND BAUEN. http://ppb-net.de/aktuelles_referenzen/pdf/B%209.pdf

VCÖ VERKEHRSCLUB ÖSTERREICH (Hg.) (2009). Gender Gap im Verkehrs- und Mobilitätsbereich. Hintergrundbericht. VCÖ, Wien. http://www.noe.gv.at/bilder/d18/Gender_Main_NOE_Mobilitaet.pdf

Die hier ausgeführten Querschnittsthemen stehen exemplarisch für Inhalte und Aspekte, die in allen Handlungsfeldern des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel relevant sind.



Gender+Klima integrieren: Querschnittsthemen

Ausgewählt wurden hier die Themen Kommunikation, Arbeit und Partizipation. Die Ausführungen zu den Querschnittsthemen folgen einer ähnlichen Struktur wie die der Handlungsfelder: Zunächst werden die Relevanz für die Klimapolitik und deren Umsetzung dargestellt und die Genderaspekte für das jeweilige Handlungsfeld bzw. Querschnittsthema erläutert. Daran anknüpfend geben Leitfragen oder Verweise auf Leitfäden Anregungen für eine Genderanalyse, die auf eine gendersensible Planung und Umsetzung von Maßnahmen abzielt. Ergänzt werden auch hier einzelne Themen durch konkrete Beispiele.

Querschnittsthema Kommunikation



Die Kommunikation von Klimaschutz, Klimafolgen und Klimaanpassung ist eine wichtige Voraussetzung für eine wirkungsvolle Umsetzung der entsprechenden Maßnahmen. Dabei besteht die Gefahr, dass bewusst oder unbewusst Vorstellungen über Geschlechterverhältnisse und Geschlechterrollen mit transportiert werden. Für eine wirkungsvolle Kommunikation ist es weiterhin erforderlich, sich an den spezifischen, sozio-kulturell und gesellschaftlich geprägten Bedürfnissen und Verhältnissen zu orientieren, um zielgruppengerecht anzusprechen.

Innerhalb jeder Zielgruppe, also z.B. Jugendliche, Migrant_innen oder Rentner_innen, ist auf mögliche Unterschiede in den Lebenssituationen und Voraussetzungen in Abhängigkeit von Geschlecht, Alter oder Einkommen zu achten.

Dies gilt vor allem

- für die Verwendung einer geschlechtersensiblen Sprache,
- für Zitate und Fotos, bei denen Frauen und Männer gleichermaßen zu Wort kommen und in vielfältigen Lebens- und Arbeitssituationen ins Bild gesetzt werden sollten.
- für Texte und Bilder, die keine Geschlechterstereotype transportieren sollten,

Hilfreich können hier eine Reihe von Leitfäden sein, die gendersensible Kommunikation allgemein oder auch konkret in den Bereichen Umwelt und Naturschutz ansprechen. Eine Auswahl finden Sie in der Publikationsliste rechts. Hier einige Überlegungen, die bei der Öffentlichkeitsarbeit Berücksichtigung finden sollten:

- Hat das zu kommunizierende Thema unterschiedliche Relevanz für Frauen und Männer generell oder für einzelne Gruppen von Männern und Frauen (Alleinerziehende, Erwerbslose, Jugendliche etc.)? Ist es so aufbereitet, dass diese unterschiedlichen Interessen berücksichtigt werden?
 - ▶ Welche bezahlten und unbezahlten Arbeitsbereiche werden (wie) angesprochen?
 - ▶ Wie werden durch Geschlechterrollen geprägte Affinitäten oder Abneigungen bei verschiedenen Themen (z.B. Risiko-Technologien, Verzicht, Technik versus Verhalten) aufgegriffen?
- Ist der Text so verfasst, dass sich sprachlich die Zielgruppen eindeutig angesprochen fühlen?
 - ▶ Sind verallgemeinernde Aussagen, wie »der Haushalt soll Energie sparen« vermieden worden?



- ▶ Werden männliche und weibliche Sprachformen kreativ verwendet und variiert?
- Kommen in der Präsentation Männer und Frauen mit unterschiedlichen Hintergründen gleichberechtigt zu Wort? Werden auch neue Geschlechterrollen und -identitäten aufgezeigt?
 - ▶ Werden Expert_inneninterviews mit Frauen und Männern geführt; stellen die Beispiele oder Situationsschilderungen die Lebensrealitäten unterschiedlicher Männer und Frauen dar?
 - ▶ Werden Männer und Frauen in ihren traditionellen Rollen gezeigt oder werden auch z.B. »neue« Väter oder Frauen in Männerberufen bzw. Männer in Frauenberufen dargestellt?
- Wurde bedacht, dass Bilder – Fotos, Comics oder Grafiken – eine große Rolle bei der Kommunikation von Geschlechterstereotypen spielen, die zudem häufig auf einer unbewussten Ebene wirken und darauf genau überprüft werden sollten?
 - ▶ Werden Klischees vermieden, wie z.B. Frauen in der Küche, Männer auf dem Bau, Vater-Mutter-Kind vor Einfamilienhaus im Grünen?
 - ▶ Aus welcher Perspektive sind die Fotos aufgenommen worden, wer ist wo positioniert, ist die Anzahl von Portraitfotos von Frauen und Männern ausgeglichen?

Auswahl Handreichungen und Checklisten zur Öffentlichkeitsarbeit

BLICKPUNKT GENDER. Ein Leitfaden zur Mediengestaltung (2006). Herausgegeben vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft Österreich.
http://kurzlink.de/Knoll_Szalai

UMWELT UND NATUR ge(nder)lesen, ge(nder)hört, ge(nder)sehen? Chancen geschlechtergerechter Öffentlichkeitsarbeit und gendersensibler Mediengestaltung im Natur- und Umweltschutz (2006). Herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring.
http://kurzlink.de/DNR_Gender

CHECKLISTE BEI MASSNAHMEN DER PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT (2005). Herausgegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
http://kurzlink.de/BMFSFJ_Checkliste

KOMMUNIKATIONSBAUKASTEN GENDER, UMWELT, NACHHALTIGKEIT (2009). Herausgegeben von genanet – Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit.
<http://kurzlink.de/genanet>

Querschnittsthema Arbeit

Klimaschutz und Klimaanpassung haben direkte Auswirkungen auf den Erwerbsarbeitsmarkt, aber ebenso auf die unbezahlte Versorgungsarbeit. Neue Arbeitsplätze entstehen, zum Beispiel im Bereich der Energieversorgung oder des Hochwasserschutzes. Qualifikationen müssen angepasst werden, zum Beispiel im Bereich der Gesundheitsversorgung. Arbeitsplätze müssen verlagert werden, zum Beispiel im Bereich des Braunkohleabbaus. Dieser Bereich der Wirkungen klimapolitischer Maßnahmen ist relativ gut untersucht und mit Daten belegt, allerdings fehlt hier eine geschlechterdifferenzierte Auswertung.

Klimaschutz und Klimaanpassung haben aber auch Auswirkungen auf den Umfang der zu leistenden Versorgungsarbeit. Die Pflege von Kranken und Alten kann zunehmen (siehe dazu die Leitfragen zum Handlungsfeld Gesundheit), innerhäusliche Aufräumarbeiten nach Überflutungen führen nicht nur zu psychischen Belastungen durch Verlust von Eigentum und Erinnerungsstücken, sondern auch zu erheblichen Mehrarbeiten für diejenigen, die für die Versorgungsarbeit zuständig sind. Aber auch die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen im Haushalt, wie beispielweise verhaltensbedingte Energieeinsparungen, sind unter anderem mit einer Umstellung von Verhaltensroutinen verbunden. Dazu kommen die Anleitung und das kontinuierliche Anhalten der Familien- oder Haushaltsmitglieder zu deren Umsetzung.

Die folgenden Fragen sollen dazu anregen, die Aspekte der (geschlechterspezifischen) Verteilung und Bewertung von Arbeit bei der Planung und Gestaltung aller Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen zu bedenken:

- Welche Grundannahmen liegen der Planung zugrunde? Zum Beispiel: Werden »die Haushalte« angesprochen, die bestimmte Energiesparmaßnahmen durchführen sollen ohne zu hinterfragen, welche Haushaltsmitglieder dies machen? Oder wird angenommen, dass die Maßnahme positive Auswirkungen auf »den Arbeitsmarkt« hat ohne zu analysieren, wer davon profitiert?
 - ▶ Wird hinterfragt, welches Geschlechterrollenverständnis damit vermittelt wird?
 - ▶ Wird bei den Annahmen differenziert nach bezahlter und unbezahlter Arbeit?
 - ▶ Werden die Effekte (positive wie negative) auf der Basis geschlechtsdisaggregierter Arbeitsmarkts- und Qualifikationsdaten betrachtet?
- Werden durch die Maßnahme Arbeiten in die privaten Haushalte verlagert bzw. wird davon ausgegangen, dass die Maßnahme in privaten Haushalten umgesetzt wird?
 - ▶ Wenn ja, kann die Maßnahme aufgrund der traditionellen Rollenverteilung zu einseitigen Belastungen einzelner Haushaltsmitglieder führen?

Praxisbeispiel

Die Zunahme der Hitzeperioden in Europa und deren gesundheitliche und wirtschaftliche Auswirkungen sind relativ gut mit Daten belegt. Mit geschätzten 30.000 bis 35.000 Toten war die Hitzewelle 2003 die diesbezüglich schlimmste Naturkatastrophe der letzten 50 Jahre in Europa. Besonders betroffen waren die Menschen in Städten, und hier besonders kleine Kinder, Alte, Kranke und sozial Benachteiligte. Der Anteil von Frauen unter den Einkommensschwachen und Alten ist besonders hoch, weshalb auch die Todesrate von Frauen z.B. in Portugal doppelt so hoch war wie die von Männern, in Frankreich stieg die Todesrate bei über 75-jährigen Frauen um 70 Prozent, bei gleichaltrigen Männern um 40 Prozent. Als Grund dafür wurde die mangelnde oder fehlerhafte pflegerische Betreuung identifiziert. In der Folge wurden vielerorts die gesundheitliche Versorgung bei Hitzewellen in die Aus- und Weiterbildungspläne von Altenpfleger_innen übernommen und Strategien für die gesundheitliche Versorgung bei Extremwetterereignissen entwickelt.

Dieses Beispiel zeigt deutlich die möglicherweise unterschiedliche Betroffenheit von Frauen und Männern und deckt zugleich weitere mögliche Genderaspekte auf. Die höhere Todesrate bei Frauen hängt auch damit zusammen, dass in Partnerschaften die Frauen ihre häufig älteren Partner gut versorgen, aufgrund der längeren Lebenserwartung aber dann selbst später häufig niemanden mehr haben, der sie z.B. kontinuierlich zum Trinken anhält. Zusätzlich sind Frauen traditionell auch für die Versorgung von Kindern und Kranken, die ebenfalls als vulnerable Gruppen gelten, zuständig. Auch in Pflegeberufen ist ihr Anteil überproportional hoch.

- ▶ Wie kann vermieden werden, dass unbezahlte Versorgungsarbeit dadurch zunimmt?
- ▶ Wie können diese Arbeiten sichtbar gemacht und positiv bewertet werden?
- Welche Bereiche des Arbeitsmarktes und welche Qualifikationen profitieren von den durch die Maßnahme entstehenden Erwerbsarbeitsplätzen? Welche Bereiche und Qualifikationen sind eher negativ betroffen?
 - ▶ Liegen geschlechtsdisaggregierte Daten zu den Arbeitsmarktsektoren vor?
 - ▶ Wie werden Qualifikationen angepasst, für wen/welche Bereiche?

Literatur

- CAPELLARO, MARCUS; STURM, DIETHARD (2015). Evaluation von Informationssystemen zu Klimawandel und Gesundheit. Band 2: Anpassung an den Klimawandel: Strategie für die Versorgung bei Extremwetterereignissen. Umwelt&Gesundheit 4/2015. Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt. http://kurzlink.de/UBA_Gesundheit
- RÖHR, ULRIKE; SEGEBART, DÖRTE; GOTTSCHLICH, DANIELA (Hrsg.). (2014). Care, Gender und Green Economy. Forschungsperspektiven und Chancengerechtigkeit nachhaltigen Wirtschaftens. Cage-Texte 3/2014. Berlin/Lüneburg: CaGE. <http://kurzlink.de/CaGE>
- STIESS, IMMANUEL (2016). Klimafreundliche Alltagspraktiken und Gender. Powerpoint-Präsentation. <http://kurzlink.de/StieSS>
- NOGUEIRA, P.J. et al.(2005). Mortality in Portugal associated with the heat wave of August 2003: early estimation of effect, using a rapid method. Euro Surveillance: Bulletin Européen sur les maladies transmissibles 10 (7): 150–153.
- PIRARD, P. et al. (2005). Summary of the mortality impact assessment of the 2003 heat wave in France. Euro Surveillance: Bulletin Européen sur les maladies transmissibles 10 (7): 153–156.
- PRICEWATERHOUSECOOPERS (2014). Frauen in der Energiewirtschaft. http://kurzlink.de/PwC_Energie

Querschnittsthema Partizipation

Partizipation der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und Interessensvertreter_innen an der Entwicklung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsstrategien und -maßnahmen ist unzweifelhaft wichtig. Sie ist eine Voraussetzung dafür, dass diejenigen, die die Maßnahmen im täglichen Leben realisieren sollen, diese mitentwickeln und sich für deren Umsetzung verantwortlich fühlen.

Aber Partizipation ist kein Allheilmittel, sie birgt auch Gefahren. So ist bekannt, dass sich vorrangig Personen aus dem Mittelstand beteiligen. Weniger Gebildete, Menschen am unteren Ende der Wohlstandsskala sind eher schwer zu einer Beteiligung zu motivieren. Das bedeutet, dass die entwickelten Maßnahmen auch nur die Perspektiven eines bestimmten Teils der Bevölkerung widerspiegeln. Darüber hinaus spielen auch bei Partizipationsprozessen die gesellschaftlichen Machtverhältnisse (und damit auch die Geschlechterverhältnisse) eine nicht zu unterschätzende Rolle: Wer gewährt den zu Beteiligten die Möglichkeit zur Partizipation? Werden die Aussagen und Erfahrungen aller Beteiligten gleich gewichtet? Wer entscheidet letztendlich, welche Ideen oder Anregungen weiter verfolgt werden und welche nicht?

Das heißt, die Beteiligung an der Entwicklung klimapolitischer Maßnahmen und Programme ist wichtig, muss aber sehr gut durchdacht werden. Dazu gehört eine klare Definition des Ziels und der Zielgruppe/n sowie die schwierige Entscheidung, mit welchem Partizipationsformat diese am besten anzusprechen sind: Sind sie es gewohnt öffentlich zu sprechen? Wie firm sind sie in der Nutzung des Internets und sozialer Medien? Sind Befragungen oder Begehungen vielleicht ein geeignetes Mittel, um sie zu interessieren und zu motivieren? Dies sind nur einige der Fragen, die bei der Entscheidung zugrunde gelegt werden sollten.

Letztendlich ist auch immer wieder die Frage nach der demokratischen Legitimation von Beteiligungsprozessen zu stellen. Wir möchten aufgrund der genannten Schwierigkeiten bei diesem Thema darauf verzichten, anregende Leitfragen zur Integration von Genderperspektiven zu formulieren. Diese würden je nach zu beteiligender Gruppe, räumlichem Setting (Stadt oder Land), Fragestellung etc. sehr unterschiedlich sein.

Stattdessen folgen hier einige **Anregungen zum Weiterlesen und Informieren:**

Wegweiser Bürgergesellschaft der Stiftung Mitarbeit:
<http://www.buergergesellschaft.de/mitentscheiden/>

Partizipation und nachhaltige Entwicklung in Europa:
<http://www.partizipation.at/home.html>

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz Berlin (2011).
Handbuch zur Partizipation. <http://kurzlink.de/Partizipation>

Im Folgenden fassen wir die Empfehlungen zusammen, die sich aus Diskussionen in Projektteam und Beirat, bei den Workshops und der Abschlusstagung herauskristallisiert haben. Sie werden ergänzt um konkrete Umsetzungsschritte, mit denen die Empfehlungen unterstützt werden können. Die Empfehlungen und Umsetzungsschritte erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern sollen vor allem Impulse geben.

Ausblick: Forschungsbedarf und Empfehlungen für die politische und praktische Umsetzung

Die Berücksichtigung und Thematisierung von Genderdimensionen der Debatten über den Klimawandel birgt auch Fallstricke und offene Fragen. Dies trifft auch für die Umsetzung von Chancengerechtigkeit bei der Entwicklung, Umsetzung und Evaluation von Maßnahmen und Konzepten für Klimaschutz und Klimaanpassung zu. Auf einige dieser Fallstricke und offenen Fragen² sollen die Überlegungen hinweisen, die wir in »Denkblasen« gesetzt haben. Zugleich sollen sie auch zum weiteren Nachdenken über die komplexen Zusammenhänge zwischen Gender & Klima anregen.

² Wesentliche Anregungen hierfür stammen aus der Podiumsdiskussion der Kernbotschaften mit Dr. Sybille Bauriedl, MinDirig Berthold Goeke und Dr. Fritz Reusswig im Rahmen der Fachtagung von GenderNETCLIM.

Forschungsbedarf

Zu der bislang nur unzureichenden Berücksichtigung von Genderdimensionen bei der Entwicklung von wirksamen und zielgruppenspezifischen Strategien und Konzepten für Klimaschutz und Klimaanpassung trägt auch bei, dass die hierfür erforderlichen differenzierten Daten nicht oder nur vereinzelt zur Verfügung stehen. Erforderlich sind Daten, die nicht nur nach Geschlecht aufgeschlüsselt sind, sondern auch die Verbindung von Geschlecht mit anderen Dimensionen wie Alter, Einkommen, Lebensform und Lebenslage oder Nationalität und Ethnizität berücksichtigen. Darüber hinaus fehlt – insbesondere für den globalen Norden – Forschung zu Klimaschutz und Klimaanpassung, die Gender (in intersektionaler Verknüpfung) und soziale Gerechtigkeit systematisch integriert, so dass ihre Ergebnisse auch als Beispiele für den »Mehrwert« der Integration von Gender dienen können.

Zum Weiterdenken

Forschungsbedarf besteht beispielsweise zu folgenden Fragen:

- Welche Unterschiede in der Verursachung von Klimagasen lassen sich zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen in den unterschiedlichen Produktions- und Konsumfeldern erkennen? Welche Rolle spielen diese bei der Entwicklung von Strategien und Konzepten für Klimaschutz und wie können sie berücksichtigt werden?
- In welchem Verhältnis stehen Klimaschutz/-anpassung, soziale Gerechtigkeit und die gesellschaftlichen Vorstellungen über männliche und weibliche Geschlechterrollen?

Was sagen unsere Begriffe aus, inwiefern wirken sie sich auf die Wahrnehmung von Problemen und die Entwicklung von Lösungen aus? Z.B. der Begriff Klimaschutz: Braucht »das Klima« wirklich unseren Schutz? Geht es beim »Klimaschutz« nicht eigentlich darum, die natürlichen Lebensgrundlagen für die Gesellschaft zu schützen?

Welche Geschlechterbilder liegen den Debatten über Klimaschutz/-anpassung zu Grunde und welche Folgen hat das für die Umsetzbarkeit und Wirksamkeit der Konzepte und Strategien?

- Wie lassen sich Unterschiede in der Wahrnehmung von Risiken durch den Klimawandel und den Handlungsmöglichkeiten verschiedener gesellschaftlichen Gruppen bei der Entwicklung von Klimaschutz-/Klimaanpassungsprojekten berücksichtigen, ohne dass sie zu einer Verfestigung von Geschlechterstereotypen beitragen?
- Welche – impliziten – Annahmen über die Umsetzung und ihre Akteure gehen in die Entwicklung von Klimaschutz-/Klimaanpassungsstrategien ein? Welche Voraussetzungen z.B. in Hinblick auf die Verfügbarkeit von unbezahlter Arbeit, freier Zeitkapazitäten oder der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung werden als gegeben angenommen?
- Wer profitiert von Klimaschutz-/Klimaanpassungsstrategien, wer trägt mögliche Risiken? Welche Anforderungen lassen sich aus der Durchführung von (Gender) Impact Assessments für die Gestaltung von Klimaschutz-/Klimaanpassungsmaßnahmen ableiten?
- Was sind fördernde und was sind hemmende Faktoren für die Integration von Genderdimensionen in Klimaschutz-/Klimaanpassungsprojekte? Wo liegen Schaltstellen und Anknüpfungspunkte für eine erfolgreiche Integration genderbezogener Fragestellungen? Lassen sich standardisierte Vorgehen und Verfahrensweisen ableiten?
- Welcher »Mehrwert« und welche »Benefits« kommen zum Tragen, wenn Genderdimensionen in die Planung, Durchführung und Aus-

wertung von Klimaschutz-/Klimaanpassungsprojekten und -maßnahmen bzw. entsprechender Forschungsarbeiten integriert werden? Vergleichende Projekte und Forschungen – Vergleich zwischen Projekten mit und ohne Integration von Genderdimensionen – können hierüber Aufschluss geben.

- Wie können in Forschung und Projekten zum Klimawandel möglichst diverse und vielfältige Perspektiven sowohl in die Problemdefinition als auch in die Suche nach geeigneten Lösungen eingebunden werden? Mit welchen (Partizipations-)Methoden können transdisziplinäre Forschungsansätze mit Geschlechtergerechtigkeit verbunden werden?

Wer ist verantwortlich dafür, Gerechtigkeit in all ihren Facetten herzustellen und damit Ansprechpartner für die in dieser Handreichung erhobenen Forderungen und Empfehlungen? Die Politik, die Wirtschaft, die Gesellschaft?

Klimapolitische Konzepte sollten nicht allein auf individuelle Subjekte ausgerichtet werden, sondern nach den Verbindungen zwischen individuellen und strukturellen Veränderungen fragen. Gerade auch mit Blick auf Gender und die Geschlechterverhältnisse ist die Herausforderung, die individuelle Ebene mit strukturellen Fragen der Klimapolitik und von Klimakonzepten zu verbinden.

Umsetzungsschritte für Politik und Praxis

Um sicherzustellen, dass Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen geschlechtergerecht entwickelt und gestaltet werden, bedarf es sowohl eines Top-Down als auch eines Bottom-Up-Ansatzes. Top-Down wäre es hilfreich, wenn die Integration von Gender in Richtlinien, wie z.B. der Kommunalrichtlinie, mit der Klimaschutzprojekte in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen gefördert werden, oder in kommunalen und regionalen Klimastrategien festgeschrieben wäre. Das bisher einzige Bundesland, das Gender Mainstreaming in seinem Klimaschutzgesetz festgeschrieben hat, ist Nordrhein-Westfalen.

Auch in den Nationalen Klimaschutzplänen 2020 und 2050, die derzeit verhandelt werden, wäre die Integration von Gender hilfreich. Hier böten sich auch Bottom-Up-Möglichkeiten, Genderdimensionen einzuschreiben und entsprechende Projekte vorzuschlagen. Diese müssten dann allerdings auch von den Entscheidungsträgern bestätigt und unterstützt werden. In den aktuellen Entwürfen ist dies bisher nicht der Fall, hier gibt es Korrekturbedarf. Das jährliche Monitoring der Klimaschutzpläne sollte eine Gerechtigkeitsperspektive einbeziehen, z.B. durch eine soziale Folgenabschätzung inklusive der positiven wie negativen Wirkungen der Umsetzungsmaßnahmen auf unterschiedliche Bevölkerungsgruppen.

Der durch eine verstärkte Einbeziehung von sozialen und Gerechtigkeitsdimensionen entstehenden zusätzlichen Komplexität von Klimaschutz- und Klimaanpassungsprogrammen und -plänen kann mit dem Argument der höheren

Genderdimensionen vergrößern die Komplexität von Klimapolitik und Klimaschutz-/Klimaanpassungsmaßnahmen. Wie steht das im Verhältnis zu der Entwicklung, Botschaften zu vereinfachen, damit sie auf mehr Akzeptanz stoßen?

Akzeptanz begegnet werden. Hier fehlt es deutlich an aktuellen Forschungs- und Praxisergebnissen, die sich konkret auf klimapolitische Maßnahmen beziehen. Begleitende und vergleichende Assessments könnten dafür hilfreich sein (s.o. unter Forschungsbedarf).

Durch eine Verankerung des Gender Mainstreaming bei den unterstützenden Maßnahmen zu Klimaschutz und Klimaanpassung, z.B. im Rahmen der Aktivitäten des Service und Kompetenzzentrum Kommunaler Klimaschutz (sk:kk) oder beim Kompetenzzentrum Klimafolgen und Anpassung (KomPass), könnte immer wieder über die Gerechtigkeitsthematik informiert und entsprechende Unterstützungsleistungen angeboten werden.

Hilfreich ist es auch, durch einen regulären und wiederkehrenden Tagesordnungspunkt zu Gender und Gerechtigkeit bei den jährlichen Klimakonferenzen und Vernetzungstreffen, z.B. des DIFU oder des Städte- und Gemeindebundes, das Thema im Gespräch zu halten. Bei den UN-Klimakonferenzen war dieser »standing agenda item« hilfreich bei der Verbesserung der Akzeptanz der Genderthematik – allein durch das Nachdenken darüber, was es hier zu berichten oder zu erwägen gibt.

Die Integration der Genderperspektiven steht und fällt mit den Qualifikationen und dem Genderwissen der bearbeitenden Mitarbeiter_innen. Workshops für Kolleg_innen bei den Projektträgern, die Klima-Projekte und Umsetzungsmaßnahmen begutachten und betreuen, können diesen Prozess unterstützen.

Ebenso wäre ein soziales Monitoring und eine Ex-Post-Evaluation der Klimastrategien und -programme auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene auch aus Genderperspektive wichtig, um mittelfristig zu Geschlechter- und Chancengerechtigkeit beizutragen und den Mehrwert der Integration dieser Dimensionen herauszustellen.

Grundsätzlich gilt, dass es wichtig ist, die Diskussionen am Laufen zu halten. Dabei sollte es sowohl um die grundsätzlichen Fragen einer (geschlechter-)gerechten Transformation gehen, als auch darum, wie durch einzelne Maßnahmen und Initiativen Veränderungen erreicht werden können. Schließlich führen auch viele kleine Schritte an das Ziel einer geschlechtergerechten Klimapolitik.

Dafür ist es hilfreich, die »Entry points«, die Einfallstore, zu identifizieren, durch die Geschlechtergerechtigkeit in die Klimapolitik eindringen kann. Eine Möglichkeit bietet sich hier durch die verstärkte Thematisierung sozialer Gerechtigkeit generell – z.B. durch kontinuierliche Diskussionen in den verschiedenen Communities darüber, wie eine gerechte dekarbonisierte Gesellschaft aussieht und wie dabei Gerechtigkeit definiert wird – oder sehr konkret bei der Analyse der Auswirkungen einzelner Klimaschutz- und Klimaanpassungs-Programme und Maßnahmen auf verschiedene gesellschaftliche Gruppen. Voraussetzung dafür ist einmal mehr die Bereitschaft auf Entscheidungsebene, diese Einfallstore offen zu halten, soziale und Genderperspektiven bereits in der Planungsphase von Programmen mitzudenken und sich auf einen ergebnisoffenen Prozess einzulassen.

Woran orientiert sich die Idee von (Geschlechter)Gerechtigkeit? An welchem Maßstab? Ist eine heimliche Bezugsgröße der Lebensstil der weißen männlichen Mittelschicht im globalen Norden? Welche Alternativen gibt es dazu?

Zum Weiterdenken

In Umwelt- und Klimadebatten wird häufig das »Ende der Welt« beschworen. Wenn das Ende des Patriarchats angemahnt wird, ist die Resonanz darauf häufig Unverständnis. Es scheint, dass es einfacher ist, sich ein Ende der Welt vorzustellen als ein Ende des Patriarchats.

Abschließend sei noch auf einige sehr konkrete Unterstützungsschritte hingewiesen:

■ Es sollte Raum und Zeit für Kooperationen und Austausch zwischen Mitarbeitenden aus Klima- und Gleichstellungsbereichen geschaffen werden, um gegenseitiges Verständnis und Vertrauen aufzubauen und Anknüpfungspunkte herauszufinden. Ein institutionalisierter Rahmen schafft Wertschätzung für fachübergreifende Kooperationen und für das Thema Chancengerechtigkeit am Arbeitsplatz.

Die Beziehungen zwischen Klimawandel/Klimaschutz/Klimaanpassung und Gender sind KEINE Frauenprobleme (und auch keine Männerprobleme). Es geht vielmehr um Fragen sozialer Gerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit im Kontext der Klimadebatten und darum, die Geschlechterverhältnisse bei den Debatten in den Blick zu nehmen.

■ Im Rahmen eines regelmäßigen Austauschs zwischen Gleichstellungs- und Klimaexpertinnen und -experten können Zielsetzungen, Werte und Begriffe aus den beiden Bereichen für die fachfremden Kolleg_innen »übersetzt« werden. Eine gelungene Zusammenarbeit setzt Verständnis für die Rahmenbedingungen der jeweiligen Arbeit und für ihre fachspezifischen Regeln voraus.

■ Fortbildungen zu Gender Mainstreaming und Gleichstellung im Klimabereich sollten in allen Bereichen und auf allen Ebenen angeboten werden, die Teilnahme positiv in die Personalbewertung einfließen.

■ Bestehende thematische und berufliche Netzwerke und Verbände können als Unterstützung genutzt werden, um das Thema Gender auf deren klimapolitische Agenda zu bringen, entsprechende innerverbandliche Regularien zu diskutieren und einen Austausch für die Mitglieder zu ermöglichen.

■ Projekte, in denen Daten erhoben werden, sollten von Beginn an so differenziert wie möglich vorgehen, um langfristig die Verfügbarkeit von geschlechts- und sozialdifferenzierten Daten zu erhöhen. In Projekten erhobene Daten und Kommunikation von Projektergebnissen sollten frei zugänglich sein und damit nicht nur einen Beitrag zur Information, sondern auch zu Transparenz leisten.

ISBN 978-3-00-053082-1

artec
Forschungszentrum
Nachhaltigkeit

 **Universität Bremen**


gender cc
women for climate justice